General-Anzeiger

für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg des Königl. Amtsgerichts und versch. Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer M., durch Boten in Kemberg M., in Reuden, Rotta, Lubast, Ateritz, Gommlo und Gaditz M. und durch die Post M.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 30 Pfg. **Beilagen:** 50 Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 2,— M., frei Haus 2,15 M., durch die Post einschl. Bestellgeld 2,25 M. **Anzeigen:** Zeile 15 Pf. zuzüglich 25% Teuerungszuschlag.

Nr. 84. **Kemberg, Donnabend, den 19. Juli 1919.** **21. Jahrg.**

Die Arbeitgeber

haben jeden von ihnen Beschäftigten (Arbeiter, Dienstboten, Gesellen, Lehrlinge usw.) innerhalb **drei Tagen** nach Beginn und Beendigung der Beschäftigung der

Krankenkasse

zu melden.

Zuwiderhandlungen werden mit Geld bis zu dreihundert Mark bestraft.

Kemberg, den 16. Juli 1919.

Der Magistrat.

Saatkartoffeln für 1920.

Um eine genügende Versorgung mit Saatkartoffeln für das nächste Jahr sichern zu können, ist es nötig, daß **schon jetzt die erforderlichen Mengen bestellt** werden, damit zur rechten Zeit eingekauft und ein großer Teil der Kartoffeln schon im Herbst hereingeholt werden kann. Es ist sehr wesentlich im Herbst zu beziehen, da erfahrungsgemäß im Frühjahr immer **Wagenmangel** herrscht, bei lange anhaltendem Frost die Bezüge im März fraglich werden und bei der dann eintretenden Ueberlastung der Bahn im April die Lieferungen sich teilweise garnicht durchführen lassen oder zu spät erfolgen.

Bestellungen wolle man bis 23. Juli bei Herrn Mengewein aufgeben. Spätere Lieferungsaufträge können nicht berücksichtigt werden.

Kemberg, den 18. Juli 1919.

Der Magistrat.

Städtischer Gemüseverkauf

morgen Sonnabend, vormittags 9 Uhr in der Freibank.

Kemberg, den 18. Juli 1919.

Der Magistrat.

Die Sonderzulagekarten

für Juli für Kinder unter 2 Jahren können morgen, vormittags, im Rathause gegen Rückgabe der Stammkarten abgeholt werden.

Kemberg, den 18. Juli 1919.

Der Magistrat.

Politische Tagesübersicht.

Nachträgliche Konzessionen Frankreichs beim Friedensvertrage?

Basel, 16. Juli. Echo de Paris meldet: Infolge des Beschlusses des Nationalrates der sozialdemokratischen Partei Frankreichs gegen den Friedensvertrag zu stimmen, ist die schnelle parlamentarische Durchführung der Ratifikation ernstlich gefährdet. Es ist die Möglichkeit gegeben, daß die Ratifizierung nur dadurch zustande kommt, daß die Regierung noch nachträglich Konzessionen zu machen sich bereit erklärt. Immerhin steht die Stellungnahme der sozialdemokratischen Deputierten der Kammer noch aus. Die parlamentarische Lage ist unzweifelhaft über Nacht sehr kritisch geworden.

Die Pariser Presse zum Tode des französischen Soldaten in Berlin.

WTB. Versailles, 16. Juli. Die gesamte Pariser Morgenpresse gibt die Nachricht vom Tode des französischen Serganten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich „Journal", in dem Saint-Brice den Eindruck zu erwecken sucht, als handele es sich bei dem Zusammenstoß französischer Soldaten mit dem Publikum um eine einheitliche, vorbedachte Handlung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten schützen zu lassen, müßten sich diese selbst Achtung verschaffen. „Matin" verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marschall Foch soll von der deutschen Regierung die sofortige Zahlung von 100 000 Franken Schadenersatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine Strafe von einer Million Franken verhängt.

Tausende deutscher Soldaten auf der Anklageliste!

Im Pariser Kammerausschuß teilte Pichon am Montag mit, daßgegen diejenigen deutschen Soldaten die sich in Frankreich Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung haben zuschulden kommen lassen, gleichfalls die Aburteilung in Frankreich durchgeführt werden würde. Es sei eine Liste von mehreren Tausend deutschen Soldaten im Besitz der französischen Regierung, gegendie eidesstattlich erhobene Beschuldigungen der drangsalierten französische Bevölkerung vor liegen.

Die Verantwortlichkeit für den Krieg.

Paris 17. Juli. Die Kommission für die Verantwortlichkeit für den Krieg trat heute, Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, in der voraussichtlich auch die Antwort auf die Briefe Bethmann-Hollwegs und Hindenburgs fertiggestellt werden wird.

Unsere Schmach entwickelt sich.

Die Ententekontrollkommissionen für Deutschland nehmen am 15. August ihre Tätigkeit in Deutschland auf. In Berlin sind allein von Frankreich große Räumlichkeiten für fünf Kommissionen gemietet, deren Bezug am 15 August erfolgen soll, und von denen eine Villa im Tiergartenviertel für die französische Militärmission bestimmt ist.

Der Militarismus Englands.

Amsterdam, 15. Juli. Wie Daily News meldet, hielt Sir Douglas Haig in Aberdeen eine Rede in der er erklärte, jeder heranwachsende Engländer müsse im Gebrauch des Gewehres unterwiesen werden, damit, wenn „die nächste Probe komme, wie sie eines Tages sicher kommen werde", England eine Nation in Waffen sei, bereit, und vorbereitet um sich dieser Probe gewachsen zu zeigen.

Deutschensperre in England.

London, 16. Juli. (Reuter.) Forster teilte mit, daß die Zensur für Kabeltelegramme am 23. Juli um Mitternacht aufhören wird. Die Kommission zur Prüfung des Gesetzentwurfs betreffend Ausländer fügte eine Bestimmung ein, durch die den Angehörigen früherer feindlicher Staaten die Landung und der Aufenthalt in England während 2 Jahren nach Annahme des Gesetzes verboten wird, außer mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus berechtigten Gründen erteilt wird.

Postdienst Deutschland-Amerika.

WTB. Amsterdam, 17. Juli. Laut Pressebüro Radio hat der amerikanische Generalpostmeister die Wiederaufnahme des Postdienstes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland angeordnet. Es wird jetzt Post nach allen Teilen Deutschlands unter denselben Bedingungen und Tarifen, wie für die anderen europäischen Länder, angenommen. Da bisher noch kein direkter Schiffsverkehr errichtet worden ist, wird die Post über Holland, Norwegen und Dänemark gesandt.

Pensionierung von Beamten.

Berlin, 17. Juli. Laut „Vorwärts" stimmte der Staatenausschuß in Weimar einem Gesetze zu, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort den Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst gestanden haben.

Änderung des Gesetzes über die Vermögensabgabe.

Weimar 17. Juli. Das Gesetz über die Vermögensabgabe ist in den jetzt veröffentlichten Form noch keineswegs endgültig. Es wird am kommenden Freitag erst noch vom Staatenausschuß geprüft werden, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Vertreter der Länder das Gesetz in der Erzbergerschen Fassung an die Nationalversammlung weitergeben.

Die pommersche Rübenernte in Gefahr.

WTB. Greifswald, 16 Juli. Der Landarbeiterstreik im Landkreise Franzburg ist im Rückgang begriffen, da das Militär, welches die Güter besetzt hält, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit anhält. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist dringend geboten, da die Rübenernte in Gefahr gerät, völlig zu verderben. Gefahr besteht u. a. auch für die Wintergerste und die Zuckerrüben. Von den auf den Gütern eingerichteten Ausschüssen des Landarbeiterverbandes wurden 15 Mitglieder sofort verhaftet und nach Greifswald weitertransportiert.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 18. Juli 1919

* Am Sonntag, den 20. Juli wird der hiesige Männer-Turn-Verein auf dem Schützenplatz das des Regenwetters am vorigen Sonntag wegen ausgefallene Wetturnen abhalten. Am Abend findet als Abschluß des Festes ein Kränzchen auf den Weinbergen statt.

* **Schulausflug.** Die hiesigen Schulen unternahmen heute Ausflüge nach Wörlitz und in die Dübener Heide.

* **Schulferien.** Die Ferien beginnen morgen Sonnabend und dauern bis zum 13. August.

* Um beim Wechsel des Wohnortes eine Verzögerung oder Stockung in der Gebührniszahlung für Invaliden, Rentenempfänger und Militärhinderbliebene zu verhindern erscheint es zweckmäßig, wenn die Empfänger die Ueberweisung ihrer Gebührnisse von einer Postanstalt zur andern, anstatt bei den Pensionsregelungsbehörden, sofort bei der bisherzahlenden Postanstalt beantragen.

* **An die Angehörigen der Kriegsgefangenen.** Die Zeit rückt näher, in der auch für unsere Gefangenen die Befreiungsstunde schlägt und sie endlich die Heimat, deutschen Boden, nach jahrelanger Abwesenheit wieder betreten. Große Quarantänelager erwarten die rückkehrenden Transporte. In unserem Korpsbereich ist ein solches Durchgangslager in Altengrabow für 42000 Mann und Offiziere eingerichtet worden, wo sich die die ehemaligen Kriegsgefangenen im eigenen und im Interesse der Volksgesundheit 3—5 Tage gedulden müssen; denn eine Verschleppung von Krankheiten muß vermieden werden, Versorgungs- und sonstige Ansprüche geregelt, belastende Erlebnisse aus der Gefangenschaft niedergelegt werden, kurz — alles Notwendigkeiten, die im Interesse des einzelnen Kriegsgefangenen, sowie des ganzen Volkes wichtig sind. Die Zeit dafür ist sehr beschränkt worden, um die Zurückgekehrten nicht noch länger den Angehörigen fernzuhalten, umsomehr ergeht an alle Angehörigen die Mahnung Geduldet Euch die wenigen Tage noch, belastet durch einen Besuch der Durchgangslager nicht unnötig die Bahn und erschwert dadurch nicht die Entlassung besonders den Abtransport der Entlassenen nach der Heimat. Eine Verlängerung der Quarantänezeit wäre die Folge. Darum nochmals, „Geduld auch die letzten wenigen Tage".

* **Weitere Verleihung von Kriegsauszeichnungen.** Der Petitionsausschuß der Nationalversammlung hat sich für weitere Verleihung der eisernenen Kreuze an die zurückkehrenden Kriegsgefangenen ausgesprochen, die kurz vor Ausbruch der Revolution zur Auszeichnung vorgeschlagenen Soldaten noch zu berücksichtigen, die schwere Tage bei den Rückzugskämpfen im Oktober durchgemacht hätten. Der Ausschuß sprach sich auch für Verleihung einer Ehren-Denkmünze an alle Kriegsteilnehmer aus und für die Weiterverleihung der Landwehrdienstauszeichnung.

* **Gesetzliche Regelung des Achtstundentages.** Die Einführung des Achtstundentages hat in manchen Betrieben zu Schwierigkeiten geführt. Die Reichsregierung beabsichtigt, wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, diese Schwierigkeiten durch ein Gesetz zu regeln, daß auch den handwerksmäßigen Betrieben und der Lehrlingsausbildung Rechnung trägt.

* **Auslosung von 4½ prozentigen Schatzanweisungen des Deutschen Reiches.** Bei der am 5. Juli d. Js. öffentlich bewirkten Auslosung derjenigen Gruppen der auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen des deutschen Reiches von von 1917 (6. und 7. Kriegsanleihe), und 1918 (8. und 9. Kriegsanleihe), die am 2. Januar 1920 zur Rückzahlung gelangen sollen sind die Gruppen 541, 1168, 1224 1497 der 6. Kriegsanleihe, die Gruppen 1932, 1957, 2139 der 7. Kriegsanleihe, die Gruppen 3558, 3566, 4421 der 8. Kriegsanleihe und die Gruppen 4450, 4614, 4629, 4672, 5002, 5035, 5133, 5196, 5213, 5218, 5678 der 9. Kriegsanleihe gezogen werden.

* **100 Gramm Fett.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung, wonach die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Verbrauchsmenge an Speisefetten bis auf weiteres für die Woche 100 Gramm für Selbstversorger und Versorgungsberechtigte beträgt, wovon nicht mehr als 50 Gramm in Butter abgegeben werden dürfen.

Dessau, 15. Juli. (Arbeiter als Lebensmittelkontrolleure.) In einer Versammlung der Vertrauensmänner der Gewerkschaften in Bernburg, an der auch die Landes- und Kommunalbehörden teilnahmen, wurden von seiten der Arbeiterschaft bittere Klagen über die ungenügende Lebensmittelversorgung geführt. Am Schlusse wurde eine Entschließung angenommen, in der die sofortige Anstellung von Lebensmittelkontrolleuren verlangt wird, die den Schleichhandel und Wucher und energisch bekämpfen und auch Beschlagnahmen vornehmen sollen. Die Kontrolleure werden der organisierten Arbeiterschaft entnommen. Die Vertreter der Behörden erklären sich damit einverstanden.

Leipzig, 15. Juli. (In dem bekannten politischen Prozeß wegen der Erpressung von 400000 Mark städtischer Gelder während des letzten Generalstreiks wurden heute die unabhängigen Abgeordneten Scheib und Krug wegen gemeinschaftlicher Nötigung vom Landgericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 20. Juli. (5. Sonntag nach Trinitatis.)

Kollekte für das Magdalenenasyl in Wolmirstedt.

1. Kemberg.

Vorm. 9 Uhr: Hauptgottesdienst. Propst Meyer.
Nachm. 1 Uhr: Missionsstunde. Archidiakonus Schulze.

2. Gommlo.

Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Archid. Schulze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-191907196/fragment/page=0001

Der Marsch durch die Wüste.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Hermann Müller, hat in seiner Rede zur Ratifizierung des Friedensvertrages in Weimar gesagt, daß wir von jetzt ab einen vierzigjährigen Marsch durch die Wüste beginnen, daß wir uns also für das nächste Menschenalter auf ein Dasein der Einschränkungen und Entbehrungen einzurichten haben. Moses hat s. Zt. die Kinder Israels so lange Jahre durch Drangsal und Not gehen lassen, um ein Volk voll Kraft und Zucht in Kanaan einziehen zu lassen, und diese Frist ist ausgefüllt gewesen mit vielem Großen und vielem Unersetzlichen. Die Gesetzgebung und der Tanz ums goldene Kalb waren solche Widersprüche, die aus der Menschennatur entstanden und die sich in ihrer Art auch heute zeigen. Die Sucht nach Geld ist schlimmer als je, und die Verwilderung und und Unbotmäßigkeit haben einen Stand erreicht, der kaum noch überboten werden kann. Da ist also ein heilsames Gesetz der Strenge unvermeidlich. Es ist gut, daß der Reichsminister mit dürren Worten gesagt hat, was wir zu erwarten haben, daß Verschwendung und Ueppigkeit ausgeschaltet werden müssen.

Ob dies bitterernste Wort überall den notwendigen Eindruck machen wird, muß allerdings abgewartet werden. Dank der Genialität unserer Heerführer und der Tüchtigkeit unserer Truppen, der Todesverachtung vom ersten bis zum letzten Mann ist unsere Heimat, abgesehen vom Russeneinfall im August 1914, von feindlichen Verheerungen verschont geblieben. Unser Vaterland steht blühend da in seinem äußeren Bilde der fruchttragenden Aecker und Gauen, und darum wird sich nicht jeder mit dem Bilde von der Wüste befreunden können. So mancher wird denken, es kommt nicht so schlimm, wie es gemacht wird, oder aber, wenn wir nichts mehr haben, so können wir auch nichts hergeben. Das sind Ansichten im inneren Deutschland, wo man weit ab ist von jeder direkten Bedrohung, wo man auch schleichhandeln und hamstern kann. Aber diese Hoffnungsseligkeit oder Schlauheit ist da schon verschwunden, wo feindliche Truppen das Okkupationsrecht ausüben, und erst recht in den Gebieten, die dem deutschen Reiche binnen wenigen Wochen verloren gehen werden. Dort denkt man anders, und es wird auch für alle im alten Deutschland, die sich noch nicht mit den Tatsachen vertraut gemacht haben, Zeit, sich auf ein neues Denken und Handeln einzustellen.

Die schlimmste Einbildung, die heute noch besteht, ist die, daß wir für alle Ansprüche noch Geld genug haben oder doch reiche Leute genug besitzen, die es herausgeben können. Aller Besitz, den wir haben, reicht aber nicht aus, um unsere Verpflichtungen und Ausgaben zu decken, was wir zu bezahlen haben, das muß erarbeitet werden. Der Reichsministerpräsident Bauer hat neulich gesagt, bei allem Erwerb kommt heute zuerst der Staat durch seine Steueransprüche, und dann kommt die eigene Person. Das ist das Programm für den Lebensmarsch durch die Wüste, weil Deutschland erst wieder aufatmen kann, wenn es seine Lasten vom Halse herunter hat. Die reichen Leute werden unter den neuen Steuern von selbst verschwinden, als einziger Reichtum bleibt uns nur die Arbeit. Dabei kommt uns aber auch der Trost für die Zukunft: Bei der Freude an der Arbeit wird Deutschland nie das Bild einer Wüste bilden, die Arbeitslust wird uns auch die Einschränkungen und Entbehrungen erträglich machen. Mit mühelosem Gewinn können wir nicht mehr rechnen, sondern mit dem Verdienst von Tätigkeit im allgemeinen Interesse. Wm.

Schwierigkeiten bei der Vermögensabgabe.

Die Notwendigkeit der großen Vermögensabgabe ist von der Reichsregierung, wie von der Nationalversammlung anerkannt, theoretisch ist die Erhebung in Aussicht genommen, aber die praktische Verwirklichung wird sehr ernsten Schwierigkeiten begegnen. Es handelt sich im wesentlichen um drei Punkte. Die Abgabe von Haus- und Grundbesitz-Vermögen wird doch der Steuerpflichtige in den meisten Fällen nicht in bar leisten können, weil er den Betrag nicht zur Verfügung hat, sondern er wird eine Hypothek zu Gunsten des Reiches aufnehmen müssen, oder aber, wenn er diese nicht bekommen kann, die Abgabe in langjährigen Zins- und Amortisationsraten zu leisten haben. Erste Hypotheken kann das Reich nicht beanspruchen, denn sie sind so ziemlich auf jedem Haus- und Grundbesitz bereits eingetragen. Letzte Hypotheken sind aber nicht sehr sicher. Die Leistung wird also oft in der Luft schweben. Zum Zweiten ist die Abgabe von Kapital dadurch kompliziert gemacht, daß der Kurs aller Wertpapiere gesunken ist. Diese Tatsache schließt aber die Hoffnung nicht aus, daß in späterer Zeit eine Besserung eintritt. Wenn nun jetzt die Abgabe geleistet werden muß, so hat der Besitzer zu seinem Kursverlust noch den Schaden der Fortgabe eines Teils seiner Papiere. Gut gemacht kann der Kursverlust nicht später werden, denn die Papiere sind veräußert. Und wenn auch die Reichs- und Staatspapiere zum Nennwert angenommen werden, so gibt es doch noch viele andere Papiere, bei denen dies nicht zutrifft. Die Vermögensabgabe artet also in Vermögens-Konfiskation aus, von der, das ist das Schlimmste, niemand Nutzen hat. Der allerschwierigste Punkt ist die Behandlung des Geschäfts-, Gewerbe- und Betriebsvermögens. Die Baraus-zahlung wird oft genug eine geschäftliche Lahmlegung herbeiführen, so daß sie nicht zu verwirklichen ist. Das Reich müßte sich also als Dauer-Gläubiger erklären. Und daß viele Geschäfte eine solche Dauerbelastung nicht aushalten können, ist außer Frage. Jedenfalls erwachsen für die Verwaltung der Vermögensabgabe tausend und abertausend Spezialfälle, die nicht nach Paragraphen und Bürokratie, sondern nur nach kaufmännischen und praktischen Gesichtspunkten beurteilt werden können. Dafür genug Leute zu bekommen, ist schwer. Die Arbeit der Kriegsgesellschaften, die schon so viel Unzufriedenheit erweckte, war Kinderspiel gegen die Tätigkeit, die jetzt bei der Vermögensabgabe zu erwarten ist. H. O.

Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Militärische Ueberwachungs-Kommission der Entente.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Alliiertenrat ernannte zum Chef der Kommission, die die Ausführung der militärischen Bedingungen durch Deutschland zu überwachen hat, einen französischen General. Zu Vorsitzenden der Kommissionen für die Ueberwachung der Ausführung der maritimen und Luftfahrtbedingungen wurden ein britischer Admiral und ein Brigadegeneral bestimmt. Die drei Kommissionen sollen den Sitz in Berlin haben und in anderen großen Zentren Unterkommissionen einsetzen. Im ganzen sind für die Ueberwachung der Bestimmungen etwa 200 alliierte Offiziere angewiesen.

Entente-Protest wegen Westpreußen.

Wie aus Paris gemeldet wird, überreichte Generalsekretär Dutasta Herrn v. Lersner in Versailles die Mitteilung, daß die deutschen Truppen bei der Räumung des Westufers der Weichsel Vieh und Mobiliar der Einwohner mitnehmen. Er bat, die Regierung im Namen des Obersten Rates zu ersuchen, sofort entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

Pariser Geheimbeschlüsse.

Im Bericht der Agence Havas über die diplomatische Lage heißt es: Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich mit verschiedenen Fragen militärischer Natur, die sich aus der Durchführung des Vertrages mit Deutschland ergeben, insbesondere mit der Räumung Polens, der Beschränkung der Rüstungen und der Kontrolle der Kriegsfabrikation. Die diesbezüglich gefaßten Beschlüsse werden naturgemäß geheim gehalten.

Zur Besetzung Oberschlesiens.

Nach übereinstimmenden Nachrichten ist die Besetzung von Oberschlesien durch Hallertruppen, und zwar amerikanische Polen zu erwarten. Von Amerikanern sollen nur etwa 500 Mann zum persönlichen Schutz dort in Tätigkeit tretender amerikanischer Behörden hinkommen.

In einer stürmischen Versammlung in Gleiwitz erklärte der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Rau, bei der bevorstehenden Abstimmung müsse der Kampf den Polen gelten. Jeder müsse sich bestimmen, daß er deutsch von Geburt und Gesinnung sei und alles von deutscher Kultur und Gesittung empfangen habe. Selbstverständlich sei es, daß alle Parteigenossen ihre Stimme für das Deutschtum abgeben müssen.

Graudenz wird eine polnische Besatzung von 3000 Mann erhalten.

Die Abmachungen in Weimar.

Das Schulkompromiß

zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ist abgeschlossen, und zwar auf der bereits mitgeteilten Grundlage. Darnach bleibt also der bisherige Zustand im wesentlichen erhalten.

Die endgültige Formulierung des Kompromisses liegt noch nicht vor. Fest steht aber, daß für das Kompromiß eine sichere Mehrheit vorhanden ist. Ein großer Teil der Sozialdemokraten wird allerdings in der zweiten Lesung wegen seiner grundsätzlichen Stellungnahme nicht für das Kompromiß stimmen. Jedoch werden sie für die Verfassung im ganzen stimmen.

Ein Beirat für Oberschlesien.

Für Oberschlesien soll ein Beirat, der mit der Regierung zusammenwirkt, berufen werden. Er soll in weitgehendem Maße allen Wünschen der oberschlesischen Bevölkerung während der Zeit der Besetzung durch fremde Truppen, vor allen Dingen in bezug auf Sprache, Religion und Schule, Förderung angedeihen lassen. Zu diesem Zwecke soll der Beirat mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet werden.

Weiter soll den von Zentrumsseite vorgebrachten und vom schlesischen Volksrate schließlich befürworteten Autonomiewünschen auch dadurch Rechnung getragen werden, daß in ganz Preußen die provinzielle Selbstverwaltung erweitert wird. Insbesondere sollen bestimmte Kultur- und Sprachenfragen den Provinzen zur freien Regelung überlassen bleiben sowie auch andere Staatsaufgaben ihnen zugewiesen werden.

Vom Rätesystem.

Man hat die Massen mit dem verlockenden Rätesystem zu ködern gesucht. Alles ging auf den Leim — um die Machthungrigen hoch zu bringen — und die Herren Räte hatten keine Ahnung, daß sie selbst die Betrogenen sein würden. Sie sollten ja „regieren", und das besorgten sie denn auch recht tüchtig und nach ihrer Meinung gerecht. Aber ach, die bitterböse Natur wußte sie doch auf den richtigen Standpunkt zu bringen. In der „Räte-Zeitung" vom 18. Juni liest man über den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjet-Republik u. a. Folgendes:

„Sowohl der gemäßigte Punterwald als der radikalere Stang entwerfen ein durchaus günstiges Bild von der Entwicklung der russischen Wirtschaft unter dem Rätesystem. Sie erwähnen einen Bericht des Gewerkschaftsschriftstellers Koselew über den Räteaufbau und seine Neuorganisation. Der erste Kern der Umgestaltung waren die Betriebsräte. Eine Organisation durch das ganze Wirtschaftsgebiet bestand nicht. Es war nach Koselew die Zeit des Anarchosyndikalismus. Die einzelnen Betriebsräte verfuhren durchaus willkürlich, ohne Rücksichtnahme auf die Gesamtwirtschaft. Die Produktion litt unter diesen Verhältnissen gewaltig. Der Einfluß der Gewerkschaften, die zuerst ganz ausgeschlossen waren, wurde nach ihrer inneren Umgestaltung und Radikalisierung unter diesen Verhältnissen immer stärker. Im „Obersten Wirtschaftsrat", der Zentralleitung der gesamten Wirtschaft Rußlands, sind von 69 Mitgliedern 30 von den Gewerkschaften ernannt, 10 ernannte der Zentralexekutivrat, 2 die Genossenschaften, 20 die Gouvernementswirtschaftsräte, die ähnlich wie der oberste Wirtschaftsrat organisiert sind, 7 Vertreter wurden von den Volkskommissaren ernannt.

Dieser oberste Wirtschaftsrat zerfällt wieder in eine Reihe von Zentralen, von denen jede eine bestimmte Industrie zu leiten hat.

Nach Stang hat die jetzige Betriebsorganisation das Best-

Zur Auslieferung des Kaisers.

Angebot freiwilliger Verbannung?

Wie laut einem Telegramm aus Berlin der Pariser „Temps" erfährt, gedenkt der ehemalige deutsche Kaiser an die alliierten Regierungen das Ersuchen zu richten, von einer Verurteilung seiner Person abzusehen. Dagegen werde er freiwillig einen Ort außerhalb Europas aufsuchen. Mit Bestimmtheit verlaute, daß der Kaiser Niederländisch-Indien vorschlagen werde. Alle Meldungen über den Ort der Aburteilung des Kaisers seien freie Erfindung. Die englische Regierung habe noch keinen Beschluß gefaßt.

Der Lyoner „Progres" erfährt ebenfalls, Exkaiser Wilhelm habe der holländischen Regierung vorgeschlagen, ihm im Einvernehmen mit der Entente ohne Gerichtsverfahren ein Exil in Niederländisch-Indien anzuweisen.

Der Standpunkt Hollands.

Aus dem Haag wird halbamtlich folgendes verbreitet: Anläßlich der widerstreitenden Gerüchte, die besonders in der ausländischen Presse über die Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers umgehen, hat das Holländische Korrespondenzbureau auf Grund von Informationen an befugter Stelle die Ueberzeugung gewonnen, daß der Standpunkt der holländischen Regierung kein anderer ist, als sie bisher eingenommen hat, nämlich, daß die Auslieferung nur erfolgen soll, wenn sie nach Recht und Gesetz geprüft worden ist. Eine Bitte um Auslieferung hat übrigens im Gegensatz zu den bisher darüber verbreiteten Mitteilungen nicht stattgefunden.

Keine Note, und doch eine Antwort?

Während die holländische Regierung am 10. Juni halbamtlich mitteilen ließ, daß sie keinerlei Note über die Auslieferung des Kaisers erhalten habe, trifft eine Reutermeldung aus Paris ein, die besagt, daß Holland in seiner Antwort auf die Note der Alliierten das Recht beansprucht, seine Souveränität in völliger Freiheit und mit den ihm zustehenden Rechten auszuüben und darauf hinweist, daß es sich seiner internationalen Verpflichtungen wohl bewußt sei.

Der Stimmungsumschwung in England.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt: Je näher der Prozeß gegen den Kaiser rücke, desto größer seien die Schwierigkeiten, auf die man stoße. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß vielleicht der ganze Prozeß aufgegeben werde und man brauche nicht erst erstaunt zu sein, wenn demnächst eine amtliche Erklärung in diesem Sinne gegeben werde. In zuverlässigen Kreisen sehe man die gesetzliche Unmöglichkeit einer gerichtlichen Verfolgung des Kaisers ein.

Das gerichtliche Verfahren gegen die U-Boot-Kommandanten werde ohne Rücksicht auf die Frage des Kaiserprozesses mit vollständiger Zustimmung Amerikas energisch durchgeführt werden.

Der Londoner Berichterstatter des „Journal" stellt fest, daß die Frage der Aburteilung des Kaisers in politischen englischen Kreisen lebhaft diskutiert werde. Der Berichterstatter faßt sein Urteil über die Stimmung dahin zusammen, daß man offenbar eine Lösung auf der mittleren Linie gerne sehen würde, durch die der Prozeß vermieden werden könne und dem früheren Kaiser nur ein moralischer Tadel ausgesprochen werde, und er glaubt, eine derartige Lösung werde auch von der englischen Regierung gut aufgenommen werden.

Auf Ehrenwort verpflichtet.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Graf Benting, in dessen Schloß in Amerongen der frühere Kaiser wohnt, erklärte Zeitungsvertretern gegenüber, der Kaiser habe sich der holländischen Regierung gegenüber auf Ehrenwort zum Verbleiben in Amerongen verpflichtet, weshalb eine Flucht nicht stattfinden werde und eine schärfere Bewachung unnötig sei.

Der 14. Juli.

— Am 14. Juli 1789 wurde das Staatsgefängnis, die Bastille, in Paris vom Volke erstürmt, die Gefangenen befreit und die aus Schweizern bestehende Besatzung nebst dem Kommandanten zum großen Teil bestialisch ermordet. Es war der erste Gewaltakt der großen französischen Revolution, der nach jahrelangem blutigem Wüten die Herrschaft Napoleons folgte. Dieser Tag ist von der gegenwärtigen französischen Republik zu ihrem Nationalfest erklärt und durch militärische Paraden und Volksbelustigungen gefeiert. In Paris fand vor der Statue der Stadt Straßburg auf dem Konkordienplatze stets eine Revanche-Demonstration statt. An diesem 14. Juli will Frankreich nun sein Siegesfest über Deutschland feiern, und es ist also voraus zu sehen, daß es an überschwänglichen Kundgebungen nicht fehlen wird. Lloyd George hat freilich erst dieser Tage gesagt, ohne Englands Hilfe hätte der Krieg kein halbes Jahr gedauert, und die Amerikaner sagen, ohne ihre Hilfe wären England und Frankreich verloren gewesen, aber trotzdem fühlt sich Frankreich als Sieger. Die Franzosen haben sich gut geschlagen, aber ohne das Kanonenfutter der Schwarzen wären auch sie längst zermürbt worden. Und daß die drei französischen Marschälle Joffre, Foch und Petain nicht an den einzigen deutschen Hindenburg heranreichen, sagen nicht wir, das sagt die Welt. —n.

Der alte Zopf.

— Folgende hübsche kleine Geschichte teilt ein Mitarbeiter der „Voss. Ztg." mit, der für die Wahrheit volle Gewähr übernimmt: Ein preußisches Ministerium wünscht für einen der ihm unterstellten Beamten, der einen hohen Posten im besetzten Gebiet einnehmen soll, schleunigst die Einreiseerlaubnis zu erlangen. Nach genauer Erkundigung über den besten Weg wendet es sich telegraphisch an den betreffenden Regierungspräsidenten mit der Bitte, die Angelegenheit zu vermitteln. Nach zweitägigem Warten erhält es folgenden telegraphischen Bescheid: „In der besagten Angelegenheit ist schriftliche Eingabe vorgeschrieben."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-191907196/fragment/page=0002

möglichste geleistet, was unter den gegebenen Verhältnissen geleistet werden konnte."

Das ist also zunächst das **Eingeständnis, daß das erste Räterisystem glänzend versagt hat,** und erst die Neuorganisation, die jetzige Betriebsorganisation nach Stang das Bestmöglichste geleistet hat, was — vorsichtig ausgedrückt! — unter den gegebenen Verhältnissen geleistet werden konnte. Ferner also sind damit die ersten, **die eigentlichen Räte,** ihrer Macht wieder beraubt worden; es war eben ein Gebot der bitterbösen Natur, welches zum natürlichen Weg — der Zentralisation der Macht — trieb. Und so werden Irreführende und Irregeleitete weiter auf den richtigen Weg gebracht werden, so daß von den Räten schließlich weiter nichts bleibt wie ihr schöner Titel.

Möchte doch das schon so arg zermürbte deutsche Volk aus solchen Vorgängen lernen, daß sich die **friedlich stetig weiter zu entwickelnde natürliche Ordnung** aller Dinge niemals gewaltsam auf den Kopf stellen läßt. Nur ein Ratloser oder Gewissenloser kann so etwas unternehmen, und solchen Führern sollte niemand folgen. Johannes Spanuth.

Rundschau.

° **Der Streik in Sachsen beigelegt.** Im letzten Augenblick ist es gelungen, die Bundesrepublik Sachsen vor einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe zu bewahren. Der Streik im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier und im Zwickauer Revier ist beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der Streik hat trotz seiner kurzen Dauer schwere Folgen ausgelöst.

Kleine politische Nachrichten.

° **Berlin.** Entgegen anderslautenden Nachrichten hört die „Voss. Ztg.", daß Graf Brockdorff-Rantzau den ihm tatsächlich angebotenen Posten als deutscher Botschafter in London abgelehnt hat.

° **Berlin.** Auf energischen deutschen Einspruch hat die Entente nunmehr die Schiffsbewegungen gestattet, die zum Abtransport der Deutschen aus Riga und zur Räumung des Baltikums von deutschen Truppen nötig sind.

° **Berlin.** Die Berliner Stadtverordneten haben den Gesetzentwurf „Groß-Berlin" angenommen.

° **Weimar.** Die Deutschdemokraten wählten in ihrer Fraktionssitzung als ersten Vorsitzenden den Abg. Schiffer. Außerdem wurden in den Vorstand gewählt: D. Naumann, Dr. Petersen und Hartmann. Diese Wahl stellt einen Sieg des rechten Flügels der demokratischen Partei dar.

° **Bremen.** Ein Angehöriger der Regierungsschutztruppe in Bremen wurde als Spion der Kommunisten entlarvt und verhaftet. Er wollte sich durch Kauf in den Besitz eines Verteidigungsplanes der Stadt setzen.

Auslands-Rundschau.

+ **Ein Erfolg der österreichischen Friedensdelegation.** Der österreichische Staatskanzler Renner hat vom Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, eine Note erhalten, in der die vom Staatskanzler Renner am 23. Juni angeführten Momente als berücksichtigungswert erklärt werden, weshalb Artikel 49 gestrichen und durch folgende Bestimmungen ersetzt wurde: **Die Güter, Rechte und Interessen der österreichischen Staatsbürger und der von ihnen kontrollierten Gesellschaften unterliegen in den Gebieten, welche Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben, nicht der Beschlagnahme oder Liquidation.**

+ **Ein deutsch-japanischer Vertrag?** Nach einer Radiomeldung aus Washington brachte Lodge im amerikanischen Senat eine Resolution ein, worin der Präsident aufgefordert wird, dem Senat den angeblich zwischen Deutschland und Japan im letzten Oktober abgeschlossenen Vertrag vorzulegen, in dem die Vertragschließenden sich verpflichteten, Rußland bei der Wiedergewinnung seiner internationalen Stellung zu helfen. **Die Resolution stützt sich auf einen Bericht der „Preß Association" über ein derartiges Abkommen.**

* * *

+ **Wien.** Die deutsch-österreichische Regierung hat die ungarische Räteregierung um Ersetzung ihres Gesandten in Wien, Czobelt, durch eine genehmere Person ersucht, weil er Umtriebe ihm untergeordneter Organe nicht verhindert habe.

Allerlei aus aller Welt

Ueber das Einkommen der Kellner in den Kabaretts gab eine Gewerbegerichtsverhandlung in Köln Aufschluß. Ein Kellner klagte gegen den Inhaber eines solchen Lokals auf Zahlung von 6000 Mark Lohn, die ihm nach dem neuen Tarif seit Februar noch zustünden. Der Vertreter des Beklagten machte geltend, daß dieser nach den neuen Lohnsätzen 30 000 zu zahlen habe, ein Betrag, den er natürlich nicht aufbringen könne. Das Durchschnittseinkommen der Kellner betrage täglich 200 Mark, und in der letzten Woche habe es einer der Kellner sogar auf 468 Mark täglich gebracht. Trotzdem diese Angaben nicht widerlegt werden konnten, wurde der Inhaber zur Zahlung des Lohnes verurteilt. Der Vorsitzende meinte sehr richtig, der Inhaber tue gut daran, seine vier Söhne in seinem Unternehmen als Kellner zu beschäftigen.

* **Explosionsunglück.** Auf dem Gelände des Artilleriedepots bei Frankfurt a. Oder entstand beim Verlegen von Geschossen eine Explosion. 13 Arbeiter wurden schwer verletzt; bisher sind 6 gestorben. — Auf der Zeche „Victor" bei Dortmund ereignete sich aus unbekannter Ursache eine Explosion, bei welcher zwei Bergleute sofort getötet und zwei lebensgefährlich verletzt wurden.

* **Gerechte Strafe bei einer Denkmalserstörung.** In Siegburg wurde das Denkmal zu Ehren der gefallenen Krieger von 1870/71 von den Engländern vollständig zertrümmert. Da das Zerstörungswerk mit den größten Anstrengungen nicht glücken wollte, riß man mit Pferden die auf vier Ecken aufgestellten Engel herunter, wobei ein englischer Offizier von einer abstürzenden Figur erschlagen wurde.

* **Die Spielklubs an der Ostsee** werden jetzt nach und nach von der Polizei aufgelöst. Auf die Klubschließungen in Swinemünde ist jetzt Travemünde gefolgt. In der Villa „Daheim" in Travemünde hatte sich seit kurzer Zeit ein „Sportklub Komet" etabliert, dessen Leiter ein Berliner war. Die Polizei hat diese Spielbank jetzt geschlossen.

* **Französische Banken in Mainz.** Mehrere französische Großbanken werden in Mainz Filialen errichten. So haben die bekannten „Credit Lyonnais" das Hotel Pfälzer Hof angekauft.

* **Zwei Kinder verbrannt.** In Klein-Ammendorf bei Magdeburg verbrannten in einer Scheune zwei spielende Kinder. Sie hatten Feuer angelegt und kamen in den Flammen der in Brand geratenen Scheune um.

* **Doppelraubmord bei Wriezen.** In Alt-Reetz bei Wriezen fand man die beiden schon betagten Schwestern, Frau Regenberg und Auguste Hoffstedt, ermordet in ihren Betten auf. Beide waren mit Stricken erwürgt. Der Körper der Frau Regenberg wies außerdem mehrere Stichwunden auf. Augenscheinlich liegt ein Raubmord vor. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

* **Rückfahrt des Ozeanluftschiffs.** Das Reutersche Bureau meldet aus Newyork, daß das englische Luftschiff „R. 34" Donnerstag abend um 11 Uhr 57 Min. die Rückfahrt nach Schottland angetreten hat.

* **Wasserkatastrophe in Südmähren.** Durch eine katastrophale Ueberschwemmung hat Südmähren schweren Schaden erlitten. Infolge eines Wolkenbruches, der Dienstag nacht niederging, schwollen Olschava und March derart an, daß sie die ganze Umgebung überschwemmten. Auf der Bahnstrecke zwischen Novaves und Ungarisch-Brod stieg das Wasser bis eineinhalb Meter über Normalstand. Die Eisenbahnverbindung mit der Slowakei ist unterbrochen. Die ganze Gegend zwischen Ungarisch-Hradisch und Ungarisch-Brod steht unter Wasser, auch Luhaschovitz ist überschwemmt, ebenso Walachisch-Meseritsch. Der ganze Bezirk wurde von Hagelschlag heimgesucht; stellenweise liegen die Schlossen über ein halbes Meter hoch. Der Schaden ist gewaltig.

Gerichtliches.

ⓓ **Dreimal zum Tode verurteilt** wurde vom Schwurgericht in M.-Gladbach der Gärtner Krings aus Schlich bei Gleyn nach fünftägiger Verhandlung wegen dreifachen Raubmordes. Krings hat im Dezember 1916 den Lederhändler Franz Hilgers aus Bonn, dem er ein Ledergeschäft vorgeschwindelt hatte, ermordet. Ferner hat er den Dienstmann Marx aus Bonn, dem er angeblich billige Lebensmittel beschaffen wollte, und im Februar 1917 den Kaufmann Jakob Kerp aus Weiden bei Köln, dem er ein großes Geschäft in Lebensmitteln vorgeschwindelt, ermordet, beraubt und dann vergraben. Kerp führte bei seiner Ermordung 70 000 Mark bei sich.

ⓓ **Freispruch im Prozeß Silvio Gesell.** Im Münchener Hochverrats-Prozeß gegen den Schriftsteller Silvio Gesell, Volksbeauftragten der Finanzen der Räteregierung und gegen Prof. Dr. Polenska aus Greifswald als dessen Beirat, wurde Gesell vom Standgericht freigesprochen. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte für seine Tätigkeit keinerlei Vergütung bezogen hat. Der zweite Angeklagte war zu der Verhandlung nicht erschienen.

ⓓ **Das britische Kriegsgericht in Opladen** (Bez. Köln) verurteilte eine Reihe von Personen, die anläßlich eines militärischen Aufzuges die britische Regimentsfahne nicht gegrüßt hatten, zu je 150 M. Geldstrafe.

Volksleben und Wirtschaft.

= **Der Ausbau des Lastkraftwagenverkehrs** findet zur Zeit wegen des Pferdemangels großes Interesse. Die Reichsverwaltung, die ja voller Pläne steckt, hat auch für dieses Gebiet eine „großzügige" Planerei bereit. Sie will unter Beteiligung der Bundesstaaten usw. Bezirks-Kraftwagen-Verkehrsgesellschaften gründen; zunächst, um die Heereswagen gut zu verwenden, danach wohl, um der Regierung einen möglichst großen Einfluß auf das ganze Wirtschaftsleben auch auf dem Lande zu sichern. — Dabei würde sich eine scharfe Konkurrenz mit der Eisenbahn entwickeln, und es würde sicher eines Tages die Frage entstehen, ob das heutige Kleinbahnsystem sich nicht überlebt hätte. Dieser Ueberlandverkehr würde den Stückgutverkehr über Land in die Hände des Staates übergeben, während das Massengut wohl der Eisenbahn verbleiben soll. Daneben soll dann der Anschluß-Verkehr lokaler Art von Gemeinde-Institutionen dieser Art besorgt werden, also der heutige „Fuhrmanns"- und „Botenwagenverkehr". — In der Stadt würden die Städte die Abfuhr von Stückgut übernehmen, während Massengut wiederum frei bleiben würde. — Die ganze Idee würde nur zu einer Beseitigung unendlich vieler privater Unternehmungen führen, der ganze Verkehr würde schwerfälliger werden — man denke sich die Rollkutscher in der Rolle der Staatsbeamten — ohne daß daraus irgend welche Vorteile erwüchsen.

= **Im Postverkehr** zwischen den besetzten deutschen Rheingebieten und dem unbesetzten Deutschland sind folgende Aenderungen eingetreten: Aus der belgischen Zone nach dem unbesetzten Deutschland können jetzt mit gewissen, im besetzten Gebiet veröffentlichten Einschränkungen, Postanweisungen und Zahlkarten abgesandt werden, ferner auch Wertbriefe von solchen Banken, die durch den kommandierenden General des Besatzungsheeres dazu ermächtigt worden sind. Zur Versendung in Wertpaketen und Wertbriefen zwischen der britischen Zone und dem unbesetzten Deutschland sind Schmuck und Zierrat aus Elfenbein zugelassen worden. Der Meistbetrag für Postaufträge und Nachnahmen aus dem unbesetzten Deutschland nach der französischen Zone (ausgenommen Elsaß-Lothringen und Brückenkopfgebiet von Kehl) ist von 50 Mark auf 100 Mark erhöht worden; aus diesem Gebiet nach dem unbesetzten Deutschland sind Postanweisungen bis zum Höchstbetrag von 100 Mark und Zahlkarten bis zum Höchstbetrag von 50 Mark — aus der Rheinpfalz bis zum Höchstbetrag von 100 Mark — erlaubt. Höhere Beträge unter besonderen, im besetzten Gebiet veröffentlichten Bedingungen. Nach der Rheinpfalz darf von jetzt ab geschriebener Lesestoff für die Blinden (Blindenschriftsendungen) verschickt werden. Die für das gesamte besetzte Rheingebiet (ausgenommen Elsaß-Lothringen und Brückenkopfgebiet Kehl) erteilte Erlaubnis zum Versand behördlicher Akten in Postpaketen bezieht sich auch auf die Akten der Rechtsanwälte und Notare.

Tod von Schuld.

Erzählung von Herbert Weiß

Die mit königlicher Pracht geschmückten Spielsäle mit ihrer heißen, parfümierten Luft, dem unbeschreiblichen Milieu, das hyperelegante Toiletten, eine aus aller Nationalitäten bestehende Gesellschaft und bis zur Entstellung leidenschaftlich erregte Gesichter hervorbringt, verwirrten und betäubten die junge Dame anfänglich.

Es dauerte eine geraume Weile, ehe sie sich in der ihr ganz fremden Welt zurechtfand. Das geschah leichter, als sie erst für möglich gehalten.

Es kümmerte sich niemand um sie. Dadurch gewann sie bald ihre Sicherheit zurück, sie erinnerte sich des Zweckes, der sie hierhergeführt, und begann zu beobachten.

Sie waren noch zu rechter Zeit gekommen, um einen Platz zu erlangen. Kaum zehn Minuten später umstand eine dichte Menschenmauer in doppelter Reihe den Tisch, an dem Isa Platz genommen.

Sie fand sich sogleich in dem Durcheinander von Karten, Einsätzen und Gewinnen zurecht und pointierte mit einer Sicherheit und Gelassenheit, als sei das Glücksspiel ihre tägliche Beschäftigung.

Sie gewann auch, strich das eroberte Geld ein und setzte mit Vorsicht und gleichgültiger Ruhe weiter. Hin und wieder traf sie ein Verlust, aber als sie sich nach einer Stunde erhob, war sie um einige tausend Frank reicher.

Wandas Augen leuchteten in unnatürlichem Glanz. Sie strich sich das krause Lockenhaar aus der heißen Stirn. Die Erlösung nahte. So besonnen und überlegen wie ihre Mutter wollte sie auch spielen. Dann würde sie gleichfalls gewinnen.

„Sechstausend Frank," sagte draußen Frau Allmann, „mein Mann hat Glück, damit komme ich eine Weile aus."

„Gib mir das Geld, Mama," bat Wanda fast schüchtern, „ich möchte morgen auch einmal spielen."

„Wenn es dir Vergnügen macht, gewiß." Und sie zog ihre Geldtasche hervor und händigte sie der Tochter ein. „Nur eins mußt du dir zum Grundsatz machen. Sobald du beim ersten Einsatz verlierst, hörst du auf und verläßt die Spielsäle, denn es gibt auch Tage, an denen man Pech hat."

Seitdem waren zwei volle Wochen vergangen. Es war Anfangs März. Im kalten Norden regte es sich unter dem Rest von losem Schnee und hier und dort guckte schon mit holdseliger Beschämtheit blau Veigelein hervor.

Auch in Nizza war die Temperatur gestiegen, ganze Rosenwälder sandten ihre betäubenden Düfte, die Vögel jubilierten, die Kranken und Blutarmen lebten auf, für die Gesunden aber wäre es schon zu heiß gewesen, wenn man nicht am Strande erquickende Kühle hätte trinken können. Wasserfahrten wurden unternommen und entzückende Partien, bei denen man während der halben Nacht herumschwärmte, den goldigen Glanz der Sterne und die unvergleichliche Bläue von Himmel und Wasser bewundernd, um sich am Tage auszuruhen und im diskretesten, lustigsten Negligee die Stunden zu vertrümmen.

Heute lastete eine drückende Schwüle über der mit verschwenderischer Fülle ausgestatteten Natur, und trotzdem fuhr Wanda zur bestimmten Stunde nach Monaco. Der alte, gutmütige Herr, ein Offizier, begleitete sie täglich, allerdings nur zum Schein.

Am Spieltisch war Wanda sich selbst überlassen. Ihr Begleiter, welcher niemals spielte, wanderte in den eleganten Räumen umher, knüpfte Bekanntschaften an, vergnügte sich am Büfett und las Journale.

Wanda fuhr jetzt täglich nach Monaco, aber die säh auflackernde Hoffnung hatte einer krankhaften, verzehrenden Ungeduld weichen müssen. Die junge Dame hatte am Spieltisch kein Glück.

Der alte Herr, welcher mit wachsender Beklemmung bemerkte, daß Wanda an jedem Tage Tausende verlor, wagte es, Frau Allmann gegenüber eine Warnung auszusprechen.

Isa lachte ihn einfach aus. „Weshalb soll ich ihr ein so harmloses Vergnügen stören? Die paar tausend Mark spielen so keine Rolle!"

„Aber — man hat so traurige Erfahrungen, schon so manches blühende Leben wurde ein Opfer der Spielleidenschaft."

„Desgleichen haben Sie bei meiner Tochter nicht zu fürchten," sagte Isa überlegen. „Wanda ist so kalt und berechnend, daß ich froh bin, wenn sie sich einmal für etwas erwärmt, und sei es auch nur für den grünen Tisch."

Wanda spielte und verlor also, ohne da man sie zur Verantwortung zog oder sie auf das Gefahrvolle ihres Tuns aufmerksam machte.

Frau Isa mußte sehr mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt sein, daß ihr das veränderte Aussehen ihrer Tochter nicht auffiel.

Alle bemerkten die düstere Glut in den blauen Augen die wachsartige Blässe des Gesichtes in dem selbst die Lippen farblos erschienen.

Wie eine Nachtwandelnde ging sie in diesen Tagen umher, einen unnatürlichen Druck im Hirn, ein dumpfes Brausen vor den Ohren.

Von einem Tage zum andern hoffte sie, ach, das war kein Hoffen mehr, sondern ein festes Anklammern an eine fixe Idee.

„Wenn ich von heute ab gewinne" mit diesem Gedanken fuhr sie täglich nach Monaco, um dann auszurechnen wieviel Tage dazu gehörten, um eine Million beisammen zu haben.

Und wenn sie taumelnd, mit schmerzenden Augen die lichtüberfluteten Säle verließ, so rüttelte die Verzweiflung an ihr und sie wußte, daß sie auf diese Weise niemals an das ersehnte Ziel gelangen würde.

Schon zu tief hatte sie sich schon in diese Sphäre des trügerischen Scheins, die ihre Opfer mit Schlangengeläuft umfängt und sie so leicht nicht wieder freigibt, verstrickt.

Sie vermochte nicht mehr klar zu denken. Sie fühlte das Wogen des Blutes, das Hämmern der Pulse, aber alles, als gehöre es nicht zu ihr selbst, sondern einem anderen Wesen an, so unklar, von Nebeln umhüllt war das Empfinden.

Auch heute starrte sie mit weitgeöffneten Augen auf das unselige, rote, dämonische Gold. Die Füße waren ihr so schwer gewesen, hatten sie fast nicht getragen, eine Wohltat war es ihr, stillsitzen zu können, unbedachtet, ganz der fiebernden Erwartung hingegeben.

Fortsetzung folgt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-191907196/fragment/page=0003

Freiwillige
für
Eisenbahntruppen
(Reichswehr)

Einstellung von Angehörigen aller Waffengattungen sowie Ungedienter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben.

Handwerker werden bevorzugt.

Löhnung für Unteroffiziere und Mannschaften:
a) mobile Löhnung nach Dienstgraden,
b) eine Reichswehrzulage von z. Zt. 5.— Mark,
c) Löhnungszuschüsse, soweit sie verheiratet sind.

Zur Einstellung sind erforderlich:
1. Militärpapiere,
2. polizeiliches Führungszeugnis
3. polizeilich beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (bei Minderjährigen)

Meldung und Auskunft:
Werbestelle für Eisenbahntruppen, Magdeburg,
Am Sudenburger Tor, Baracke E.

Oeffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
Dienstag, den 22. Juli.
abends 8 Uhr
im Rathause.

Tagesordnung:
1. Kenntnisnahmen.
2. Bewilligung von Kosten
   a) für einen Aktenschrank
   b) für einen Schreibtisch.
3. Festsetzung des Gehalts für einen Nachtpolizeibeamten.
4. Beschlußfassung über Umänderung des § 2 des Ortsgesetzes.
5. Beschlußfassung über Vorschläge der Elektrizitätskommission.
6. Anstellung des Stadtsekretärs Petersen.

Hierauf geschl. Sitzung.
Quilitzsch, Stadtv.-Vorsteher.

Kaufe jeden Posten
Sauerkirschen
Zahle höchste Preise
Fischbach, Kreuzstr. 20

Einen
jungen Terrier
zu kaufen gesucht
Dr. Möller

Verkaufe
Dreschmaschine
mit Göpel
Barth,
Kleinkorgau bei Schmiedeberg

Sommer-
Hosen und Joppen
in guter Ware
empfiehlt preiswert **August Schulze.**

Gute Uhren

in größter Auswahl bei
Bruno Flemming
Inh.: Edmund Wagner, geprüfter Uhrmachermeister
Wittenberg, Collegienstraße 5, Fernsprecher 763

Elektrische
Licht-, Kraft-, Telefon-, Klingel-Anlagen,
Erweiterungen und Reparaturen
übernimmt bei fachmännischer Ausführung unter Garantie zu soliden Preisen Lieferung neuer und gebrauchter
Motore
sowie sämtliche elektrische Bedarfsartikel
Reichhalt. Auswahl in modern. Lampen usw.
Schlosserei, Fahrrad- und Installationsgeschäft
Franz Roming, vorm. Alb. Sasse
Kemberg, Wittenbergerstraße 48

Stralsunder Spielkarten
sind wieder vorrätig **Richard Arnold.**

Lüdecke & Sohn Inhaber Gebr. Schneider
Wittenberg

Herren-Taschentücher, Batist m. bunt. Kante, weißleinene
Weiße und farbige **Herren-Oberhemden**
Herrenkragen, weiß Panama, sehr haltbar, in allen Halsweiten
Krawatten für Steh- u. Umlegkragen, **Selbstbinder** in aparten Farben, **Herren-Socken,** einfarbig und gemustert

---

10 Morgen Acker
geteilt zu verpachten
Wittenbergerstr. 41

Eine gute feldgraue
Zeltplane
zu kaufen gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten

---

Für Gastwirte
Eine 2½ Mtr. gepolsterte Bank, fast neu, sowie zirka 100 Stck. Leinen-Strohsäcke guterhalten, Plüsch-Stoff-Sofa, neu, bietet preiswert an.
Oskar Risch.
Töpferstraße 6

Neue Sofas
verkauft sehr preiswert
Hugo Risch, Wittenbergerstr. 27

Eine junge Milchziege
zu verkaufen
Töpferstraße 4

---

2 junge Enten
hat zu verkaufen
Max Schulze, Mauerstraße 10

Einen Wurf Ferkel
hat zu verkaufen
Otto Schulze, Leipziger Neum. 21

Zwei Wurf erstklassige, 7 Wochen alte
Ferkel
gute Fresser, stehen von heute ab preiswert zum Verkauf bei
Ewald Ballmann.

Einkochapparate
Einkochgläser
Gummiringe
Eis. email. Töpfe
Küchenregale
empfiehlt
Curt Krüger
Eisenwarenhandlung
Wittenberg
Schloßstr. 20 Coswigerstr. 13

Zum Anstrich
empfiehlt
Pa. Gold-Ocker
„ Chrom-Gelb
„ Oel- und Kalk-Grün
„ Zinkweiß
„ Umbraun
„ Mahagoni-Braun
„ Englisch-Rot
„ Frankfurter-Schwarz
„ Graphit
„ Ultramarin-Blau
„ **Schlemmkreide**
„ Fußboden-Lack Farbe
„ Firniß-Ersatz
„ Leinöl
„ Terpentin
„ Haarpinsel usw.
billigst **C. G. Pfeil**

Achtung!
20000 Meter noch sehr guter
Stacheldraht und 300 Pfähle
zu verkaufen
August Hilgenhof, Klein-Wittenberg, Baumgartenstraße 8

Fahrräder mit Gummi
erstklassige Fabrikate sind eingetroffen und empfiehlt zu billigsten Preisen
Paul Elstermann, Leipzigerstr. 61

Kainit
ab Lager hat noch abzugeben
Otto Möbius, Bergwitz

Soeben eingetroffen:
Eine Sendung eiserner
Zimmer- und Werkstattöfen
Fr. Heym
Eisen u. Kurzwaren.

---

2 junge
Mädchen
für den Haushalt, welche sich auch für den Verkauf eignen, per sofort gesucht
Bäckerei von H. Pohl
Piesteritz Bergstraße

Martha Spieler
Ernst Gersbeck
Verlobte
Lubast Ateritz
im Juli 1919

Ein größerer Posten
Rum und Cognak
eingetroffen.
Konsum-Verein.

Ziegen-, Kaninchen- u. Geflügelzüchter-Verein
Die Mitglieder, welche Lämmer haben wollen, mögen sich bis Sonntag beim Vors. Strakow melden, woselbst auch näheres zu erfahren ist.

Simons Garten.
Halte mein Gartenlokal verbunden mit
Kegelbahn
zur gefl. Benutzung bestens empfohlen und bitte um gütigen Zuspruch **Karl Beyer.**

Gommlo
Sonntag, den 20. Juli, von nachmittags 3 Uhr ab
Tanzmusik
wozu freundl. einladet **Klinge**

Uthausen
Sonntag, den 20. Juli
Damen-Ball

Schützenhaus
Sonntag, den 20. Juli, von nachmittags 3 Uhr an
allgemeiner Ball
wozu freundlichst einladet **C. Fröhnel**

Stadtsparkasse Kemberg.
Unter Bürgschaft der Stadtgemeinde.
Einlegerguthaben: 4 Millionen Mark.
Gewinn-Rücklagen: 90 000 Mark.
Tägliche Verzinsung
Im Jahre 1918:
Einlagenzuwachs: 1¼ Million Mark
Geldumsatz: 8 Millionen Mark
Kostenlose Uebertragung von Einlagen aus auswärtigen Sparkassen.
Geschäftszeit: Jeden Werktag, vormittags von 8—12 Uhr.
Strengste Geheimhaltung!
Bankkonto: Anhalt-Dessauische Landesbank in Wittenberg.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 28 653.
Fernsprecher: Kemberg Nr. 4.

Redaktion, Druck und Verlag Richard Arnold :-: Kemberg (Bez. Halle a./Saale) — Fernsprecher Nr. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-191907196/fragment/page=0004